

Europawahlen 2014

Das Feld nicht den Rechten überlassen!



Inhalt

Interview

TTIP und Gender – 2 –

Hintergrund

TTIP und Unternehmenslobbyismus – 3 –

Gesundheitspolitik in Griechenland – 4 –

Blockupy 2014 – 5 –

Kalender

Rückblick und Ausblick – 6/7 –

Portrait

Rebel Clown, Musiker und Aktivist – 8 –

Aktiv

ESU – 9 –

Aktionsakademie – 10 –

Blockupy – 10 –

Kiosk

Neue Publikationen – 11 –

Ein Internetblog titelt: „Krisenstaaten wählen links, kleine Länder liberal, und die Christdemokraten sind vor allem in der Eurozone stark.“ Das erklärt gleichzeitig recht gut die Geografie der Krise, die ja, wenn man der Bundesregierung glauben darf, wieder einmal vorbei ist – wie 2010, als es in Deutschland allenthalben „Aufschwung“ hieß und gleichzeitig die angeblich beendete Banken- und Wirtschaftskrise als „Eurokrise“ Auferstehung feierte.

Das heutige Gerede von dem „guten Weg“, auf dem sich das europäische Krisenmanagement befinde, verdeckt nur mühsam die realen Tendenzen. Beispielhaft mag die Bankenunion stehen, die in acht Jahren einen Rettungstopf von 55 Milliarden Euro ansparen soll. Bei einer Bankenkrise des Ausmaßes von 2008 reicht das gerade mal für eine größere Sparkasse.

Und so ist es nur stimmig, dass die Krisenmaßnahmen keineswegs zur Ruhe kommen. Da ist auf der einen Seite das beharrliche Basteln an institutionellen Regelungen, die innerhalb der Eurozone die Austeritätspolitik in Stein meißeln

sollen. Pakte für Wettbewerbsfähigkeit und Eurozonenparlament mögen Stichworte sein. Auf der anderen Seite gibt es widersprüchliche, oft hektische Versuche, die Krise zu möglichst großen Teilen auf Dritte abzuwälzen. Die Währungskrise in den Schwellenländern kommt den europäischen Kapitalinteressen gerade recht, und auch das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) scheint ein probates Mittel zu sein, die Probleme in Ländern wie Russland, Indien, Brasilien oder China noch zu verstärken. Die eskalierende Einmischung in der Ukraine sollte ebenfalls unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden. An all dem arbeiten übrigens sozialdemokratisch wie konservativ geführte Regierungen ebenso wie deren Fraktionen im Europaparlament Hand in Hand, regelmäßig unterstützt von den Liberalen.

Deshalb wundert es nicht, wenn Umfragen sowohl den Linksparteien als auch den rechtspopulistischen und rechtsradikalen Kräften Stimmengewinne bei den Europawahlen voraussagen. Zu offensichtlich ist es, dass der

dominante Europakurs ganz grundsätzlich in die falsche Richtung geht.

Aber man darf sich nicht täuschen lassen: Rechte und linke Alternativen dazu ähneln sich nicht, sie sind grundverschieden. Auf einen einfachen Punkt gebracht, unterstützen Linke die Forderung der Antikrisenmobilisierung, die überall in der EU feststellt: „Don't owe, won't pay“ – „Wir zahlen nicht für eure Krise“. Rechte dagegen stehen dafür, dass das von ihren nationalen Eliten zusammengeraffte Geld gefälligst auch bei denen oder zumindest im selben Land bleiben soll. Auch wenn im AfD-Programm mancher Satz steht, der Attacies isoliert gefallen könnte: Diese Partei und ihre Gesinnungsgenossen in Europa stehen für nationalen und privaten Egoismus, für die harten Gesetze des Marktes, für soziale und rassistische Ausgrenzung. Seit einigen Wochen sinken europaweit die Prognosen für die Rechte ein wenig. Attac sollte einen Beitrag dazu leisten, dass sich das fortsetzt.

Werner Rätz, Attac Koordinierungskreis

Ausweitung der Belastungszone

Das Transatlantische Handelsabkommen TTIP trifft besonders hart die Frauen

Barbara Volhard ist seit 2003 Mitglied bei Attac und bei den „Unabhängigen Frauen Freiburg“. Im Interview beschreibt sie die schwerwiegenden Folgen des TTIP für Frauen.

Liebe Barbara, Du hast zum Weltfrauentag ein Flugblatt verfasst, in dem Du das umstrittene Transatlantische Handelsabkommen (TTIP) aus der Genderperspektive unter die Lupe nimmst. In welchen Bereichen siehst Du die Interessen von Frauen durch TTIP besonders gefährdet? Auch Männer wollen vielleicht kein Chlorhuhn und keinen Genmais ...

Stimmt, aber darum geht es gar nicht so sehr. Schauen wir zunächst mal grundsätzlich, worauf sich TTIP vorrangig richtet, denn daraus können wir ableiten, wie sehr das Abkommen Frauen betrifft. TTIP zielt nämlich – wie alle aktuellen Handelsabkommen – nicht nur auf Waren, sondern auch auf Dienstleistungen. Nun ist der Dienstleistungssektor in den letzten Jahrzehnten enorm angewachsen. Viele Industriestaaten sind längst zu Dienstleistungsländern geworden. In den letzten rund 50 Jahren verringerte sich die Anzahl der Arbeitskräfte in der industriellen Produktion Deutschlands durch die fortschreitende Rationalisierung um über die Hälfte. Gleichzeitig hat sich die Anzahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor mehr als verdoppelt: 73,7 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiteten 2012 in diesem Sektor.

Zugleich ist der Dienstleistungssektor von hoher ökonomischer Bedeutung: Im Schnitt trug er 2012 in der EU zu über 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bei, in den USA sogar 77,3 Prozent. Die Wirtschaft erwartet sich daher Milliarden Gewinne, wenn Länder zu extremer Liberalisierung und Deregulierung des Dienstleistungssektors, einschließlich der öffentlichen Dienstleistungen, verpflichtet werden. Deshalb gibt es schon seit 1995 unter dem Dach der WTO das „Allgemeine Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen“, das General Agreement on Trade in Services, kurz GATS. Gerade die EU treibt die Liberalisierung und Privatisierung der Dienstleistungen voran, wie man an der so genannten Bolkesteinrichtlinie, der europäischen Dienstleistungsrichtlinie, sehen kann.

Was gehört alles zum Dienstleistungssektor?

Er umfasst etwa 150 Branchen, zum Beispiel Versicherungen und Banken, Verkehr und

Telekommunikation, Energie- und Wasserversorgung, Müll und Abwässer, Kultur und Tourismus, Medien, Internet, Sport, Groß- und Einzelhandel, vor allem jedoch den gesamten Care-Bereich, also Krankenhäuser und Gesundheitsversorgung, Kindergärten, Bildungs- und Schulsystem sowie sämtliche sozialen Dienste von der Altenpflege bis zur Jugendhilfe. 82,7 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in Deutschland arbeiten im Dienstleistungssektor und über 90 Prozent im Care-Bereich.

Ist der Care-Bereich nicht Teil des öffentlichen Dienstes?

Im Wesentlichen ja. Und deshalb gibt es zwei Knackpunkte: Erstens sollen gesellschaftliche Errungenschaften, die zu „nicht-tarifären Handelshemmnissen“ herabgewürdigt werden, durch TTIP abgeschafft werden! Zu ihnen gehören hart erkämpfte Rechte wie Kündigungsschutz, Tarifrecht, Sozialstandards, Mindestlöhne, Arbeitszeitregelungen, Mitbestimmungsrechte, Gesundheitsstandards. Vor allem Frauen, die der Doppel- und Dreifachbelastung durch Beruf, Familie und eventuell auch noch Angehörigenpflege ausgesetzt sind, würden durch die Abschaffung solcher Schutzstandards besonders leiden. Zweitens aber kann mit öffentlichen Dienstleistungen nur Handel getrieben werden, wenn sie zuvor privatisiert wurden. Privatisierungen aber führen meist zu Stellenabbau und Arbeitsverdichtung, Lohnrückerei, Arbeitshetze, prekären Arbeitsplätzen mit fehlenden Sozialleistungen etc. Das alles könnte den sowieso schon mehrfach belasteten Frauen zusätzlich aufgedrückt werden.

Dazu kommt, dass ein Schutz der Frauen durch öffentliche Kontrolle, Transparenz und Einflussnahme fehlen würde. Die ist schon bei kommunalen Unternehmen im Gemeinderat gering, bei Eigenbetrieben und 100 Prozent kommunalen GmbHs durch nichtöffentliche Aufsichtsratssitzungen noch geringer und bei einem Verkauf an Dritte völlig verschwunden.

Die Verteidiger des Abkommens sprechen von Wachstum und von neuen Arbeitsplätzen. Was ist davon zu halten?

Gar nichts, wie das 20 Jahre alte nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA zwischen USA, Kanada und Mexiko zeigt,

Buchtipps

Harald Klimenta, Andreas Fisahn u.a.: Die Freihandelsfalle Attac-Basistext 45



In diesem Basistext werden die möglichen Folgen für die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Europa und Deutschland für den Fall herausgearbeitet, dass die Verhandlungen um eine „Transatlantische Handels- und

Investitionspartnerschaft“ (TTIP) erfolgreich verlaufen.

Erhältlich im Attac-Webshop:
www.attac.de/shop

bei dem zuvor die gleichen Versprechungen gemacht wurden. In Wirklichkeit führte es zu einem starken Abbau von Arbeitsplätzen und gleichzeitig einer massiven Ausweitung des Niedriglohnssektors. Vor allem in Mexiko haben viele Kleinbauern ihre Existenz verloren. Es ist zu befürchten, dass TTIP besonders Frauen vermehrt in den Niedriglohnsektor drängen wird.

Wie organisiert Ihr die Gegenwehr gegen dieses Abkommen? Sind Frauen sensibler für die Gefahren, die auf uns zurollen?

Die meisten erwerbstätigen Frauen haben wegen ihrer Mehrfachbelastung häufig nicht die Kraft oder die Zeit, sich politisch zu informieren und wissen gar nicht, was da auf sie zukommen könnte. Es wäre wichtig, vor allem Gewerkschaften, aber auch Frauenorganisationen und -Verbände auf die Gefahren aufmerksam zu machen, damit sie dieses Wissen weitergeben können.

Interview: **Lena Bröckl**

Gesteuerte Kooperation

Unternehmenslobbyisten dominieren die TTIP-Verhandlungen



Die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, kurz TTIP, sind aus lobbykritischer Perspektive vergleichbar mit einem sich ausweitenden Sumpfgebiet, in dem demokratische Errungenschaften zu verschwinden drohen. Kommt das Abkommen, dann drohen die EU-Institutionen einmal mehr im Morast der Unternehmenslobby zu versinken. Denn sowohl der Verhandlungsprozess als auch die bisher bekannten Verhandlungsinhalte deuten darauf hin, dass TTIP aus Demokratie-Perspektive ein Einfallstor für Unternehmensinteressen ist. Dieser Eindruck verändert sich trotz der derzeitigen Transparenzinitiative der EU-Kommission nicht. Denn es bleibt dabei: Die Verhandlungsdokumente sind weiterhin geheim, und der Einfluss der Unternehmenslobby bleibt stark.

Das für die Verhandlungen zuständige Generaldirektorat Handel der Kommission agiert hier traditionsbewusst. Es blickt auf eine lange Geschichte enger Kooperationen mit Unternehmen zurück. Ob im Rahmen der WTO-Verhandlungen oder im Kontext des Multilateralen Abkommens über Investitionen (MAI): Stets bekamen Unternehmensvertreter privilegierten Zugang zur Kommission. So auch im Falle von TTIP. Die derzeit vom belgischen Handelskommissar Karel de Gucht geleitete Institution hat im Vorfeld der Verhandlungen Gespräche mit Interessensvertretern geführt. Dabei fanden 93 Prozent der Gespräche mit

Unternehmenslobbyisten statt. Satt sieben Prozent durften sich Gewerkschaften, Verbraucherschutzorganisationen und zivilgesellschaftliche Akteure teilen. Man kann nur sagen: Hut ab – ein Fall von ausgeglichener Interessensvertretung. Besonders aufgeschlossen war die Kommission gegenüber zwei Verbänden: BusinessEurope, dem größten europäischen Industrieverband, und der US-Handelskammer. Im Zeitraum zwischen Januar 2012 und April 2013 fanden mit Abstand die meisten Treffen mit diesen beiden Verbänden statt. Es ist also nicht verwunderlich, dass TTIP-kritische Akteure sich vorgenommen haben, die große Jahreskonferenz von BusinessEurope am 15. Mai in Brüssel zu stören, bei der de Gucht erneut zu seinen Kollegen aus der Business Community geladen ist, um mit ihnen über TTIP zu sprechen.

Doch nicht nur der privilegierte Zugang für Unternehmenslobbyisten ist aus lobbykritischer Perspektive an TTIP problematisch. Auch die durchgesickerten Inhalte des Abkommens sorgen dafür, dass einem regelrecht die Haare zu Berge stehen. Hier finden sich nämlich zentrale Lobbyinhalte von BusinessEurope und dem US-Chamber of Commerce wieder. Das gilt nicht nur für die bereits vielfach kritisch diskutierten Konzernklagerechte. Das gilt auch für einen mindestens genauso bedrohlichen Bestandteil der Verhandlungen, die so genannte „regulatorische Kooperation.“ Was verbirgt sich hinter diesem sperrigen Begriff,

der auf den ersten Blick ganz gut klingt? Hinter „regulatorischer Kooperation“ steckt die Idee, einen Mechanismus zu etablieren, über den in Zukunft die Angleichung von Standards auf beiden Seiten des Atlantiks erfolgen soll. Das klingt erstmal gut. Es ist praktisch, wenn beispielsweise Schraubchen künftig nach gleichen Normen produziert werden. Es geht allerdings bei „regulatorischer Kooperation“ um mehr: Künftig soll demnach jegliche handelspolitisch relevante Gesetzesinitiative in der EU mit der US-Regierung und Interessensverbänden in einem „Rat für regulatorische Kooperation“ auf deren Bedürfnisse abgestimmt werden. Und zwar bevor irgendein Parlament sie zu Gesicht bekommt. Dabei entsteht also eine Art Behörde für Regulierung, die keine demokratische Legitimation besitzt und nur Unternehmensinteressen zugute kommt, und zwar sowohl in Europa als auch in den USA. Es ist zudem nicht einzusehen, dass die US-Regierung über Regulierungsmaßnahmen in Europa mitentscheiden soll und umgekehrt. In den USA hat man mit regulatorischer Kooperation negative Erfahrungen gesammelt. Im Rahmen des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) existiert bereits ein solcher Rat für regulatorische Kooperation. Deshalb besteht bei den AktivistInnen aus den Vereinigten Staaten auch eine besondere Sensibilität für diesen Teil des Abkommens. Eine Zusammenarbeit mit den amerikanischen AktivistInnen zu regulatorischer Kooperation hat sich während der letzten Verhandlungsrunde im März in Brüssel ergeben und wird in den kommenden Monaten zunehmend wichtiger werden.

Aus Transparenz- und Demokratie-Perspektive erscheinen Verhandlungsprozess und Inhalte des Abkommens also äußerst gefährlich. Der Einfluss von Business Europe und anderen Unternehmenslobbyisten ist bei der regulatorischen Kooperation mehr als deutlich. Deshalb wird LobbyControl die Verhandlungen sehr kritisch begleiten. Wir hoffen dabei auf die kritischen Kräfte aus Zivilgesellschaft und Sozialen Bewegungen, die sich für mehr Transparenz bei den Verhandlungen einsetzen und mit ihrer Kritik an den Verhandlungsinhalten unsere Demokratie hier und jenseits des Atlantiks verteidigen.

Max Bank, EU-Campaigner bei LobbyControl und Mitglied im Attac-Koordinierungskreis

www.attac.de/ttip

Bloß nicht krank werden

Die Austeritätspolitik in Griechenland und ihre Folgen für das Gesundheitswesen

In keinem Land der EU hat die Austeritätspolitik so massive Einschnitte in der Gesundheitspolitik hervorgerufen wie in Griechenland. Wir erleben dort einen dramatischen Abbau von medizinischer Versorgung und eine massive Ausgrenzung großer Bevölkerungsgruppen aus dem Gesundheitssystem.

Wenn man in Griechenland länger als ein Jahr arbeitslos ist, verliert man sowohl die Kranken- als auch die Arbeitslosenversicherung bzw. die Sozialhilfe. Die Arbeitslosigkeit liegt inzwischen bei circa 30 Prozent, bei jungen Menschen beinahe bei 60 Prozent. Derzeit sind mehr als 30 Prozent der griechischen Bevölkerung nicht mehr krankenversichert, das entspricht mehr als 3 Millionen Menschen. Dazu kommen die vielen MigrantInnen, die meistens ebenfalls nicht versichert sind. Wenn Unversicherte krank werden, müssen sie im Notfall ins Krankenhaus, das dann eine Rechnung stellt bzw. diese dem Finanzamt schickt, so dass sich schnell hohe Schulden anhäufen können. Seit dem 1. Januar 2014 ist es unter bestimmten Bedingungen möglich, die verschuldeten Menschen zum Auszug aus ihren Wohnungen oder Häusern zu zwingen, um diese zu verpfänden oder zu verkaufen und damit die Schulden zu begleichen. Die Obdachlosigkeit ist seit der Krise um 25 Prozent gestiegen.

Viele Eltern können ihre Kinder nicht mehr impfen lassen, da sie die Impfungen selbst bezahlen müssen. „Ärzte ohne Grenzen“ hat berechnet, dass man 1.600 bis 1.800 Euro aufbringen muss, damit ein Kind die Grundimpfungen bis zum Alter von sechs Jahren bekommt. Diese Impfungen sind eine Voraussetzung für die Kinder, um eine Grundschule besuchen zu können. Aktuell steigt die Anzahl der Kinder, die nicht in die Schule gehen.

Die Zuzahlungen für die medizinische Versorgung steigen, für Versicherte wird es immer schwieriger sich versorgen zu lassen. Für MigrantInnen werden die Preise für Zuzahlungen verdoppelt. Inzwischen sind auch Menschen, die noch eine Krankenversicherung haben, auf die Hilfe der solidarischen Kliniken angewiesen, in denen man von ehrenamtlich Tätigen kostenlos behandelt und mit Medikamenten versorgt wird.

Im Februar 2014 traf das öffentliche Gesundheitswesen nun der nächste Schlag. Die primäre (ambulante) Versorgung wurde in Griechenland von niedergelassenen ÄrztInnen geleistet, die bei der gesetzlichen

Krankenversicherung (EOPYY) angestellt waren und in 350 Polikliniken der EOPYY gearbeitet haben. Circa 70 Prozent dieser ÄrztInnen haben am Nachmittag noch in der eigenen Privatpraxis gearbeitet. Fachärztliche Versorgung wird von öffentlichen Krankenhäusern der Primärversorgung angeboten. Seit Mitte Februar wurden nun diese 350 Polikliniken der EOPYY geschlossen, zunächst für einen Monat, aber niemand weiß, wie lange dieser Monat dauern wird. Die gesamte Primärversorgung in Griechenland muss nun entweder von den Krankenhäusern oder von PrivatärztInnen geleistet werden. Da seit der Krise aber von 183 Krankenhäusern 100 geschlossen und viele Beschäftigte entlassen wurden, können die Krankenhäuser dies kaum leisten. Die verarmte Bevölkerung kann den Besuch beim Privatarzt nicht bezahlen. Die Patientenzahlen und damit die Wartezeiten in den Krankenhäusern steigen massiv.

Die Regierung hat angekündigt, nach einem Monat wieder 100 der EOPYY-Praxen zu öffnen, aber alle, mit denen wir gesprochen haben, schätzen die Situation so ein, dass es nicht bei diesem einen Monat bleiben wird. Alle stellen sich darauf ein, dass dies ein dauerhafter Zustand bleiben wird und dass die Menschen so gezwungen werden, zum Privatarzt zu gehen.

Im Zuge der Schließung der EOPYY-Praxen wurden 8500 Beschäftigte, darunter 5500 ÄrztInnen, entlassen. Die ÄrztInnen wurden vor die – gesundheitspolitisch im Prinzip richtige – Wahl gestellt, entweder ganz für die EOPYY oder ganz privat zu arbeiten. Allerdings ist diese Wahl nicht wirklich real, denn niemand weiß, ob die EOPYY-Praxen wieder aufgemacht werden und wie viele das sein werden und unter welchen Bedingungen man dann dort angestellt sein wird. So sehen sich diese ÄrztInnen mehr oder weniger gezwungen, sich ganz privat niederzulassen. Viele befürchten eine Privatisierung des Gesundheitswesens. Die EOPYY wird dann nur noch Leistungen von privaten Unternehmen oder ÄrztInnen einkaufen. Das öffentliche Gesundheitswesen wird es so nicht mehr geben.

Widerstand und Solidarität

Als Reaktion auf die Austeritätspolitik und die Folgen im Gesundheitssystem sind im ganzen Land über 40 so genannte solidarische Kliniken

In Hamburg hat sich eine Attac-Gruppe gegründet, deren Ziel es ist, die griechische Protestbewegung, insbesondere das Bündnis „Solidarity4All“, zu unterstützen – ideell und materiell. MitstreiterInnen sind willkommen!

www.attac-netzwerk.de/hamburg/ags/sozialpolitik/griechenland

entstanden. Ärztinnen und Ärzte und Menschen aus anderen Gesundheitsberufen, die noch eine Anstellung im Gesundheitswesen haben, organisieren „Umsonst-Praxen“, in denen sie nach Feierabend oder an freien Tagen ehrenamtlich und auf Sachspenden angewiesen medizinische Versorgung anbieten. Hinzu kommen noch verschiedene Einrichtungen von NGOs wie Ärzte der Welt (MdM) oder Ärzte ohne Grenzen (MsF) und der Kirche, die ebenfalls kostenlose Hilfe für mittellose Menschen anbieten.

In den solidarischen Praxen gibt es keine bezahlten Kräfte. Alle MitarbeiterInnen arbeiten ehrenamtlich, d.h. sie haben eine Anstellung bzw. ein Einkommen als Ärzte, Krankenpfleger, Therapeuten, Verwaltungsangestellte oder in medizinischen Berufen. Sie arbeiten anschließend für ein paar Stunden in einer solidarischen Praxis. Oft werden die Gebäude von der Kommune gestellt, manchmal auch (wie in Peristeri/Athen) von einem wohlmeinenden Privateigentümer. Die sehr große Praxis in Elliniko ist auf einem alten Militärgelände der US-Army in der Nähe des alten Flughafens von Athen untergebracht. Strom und Wasser werden in der Regel von der Kommune bezahlt. Die Praxen erhalten alle Medikamente und Geräte über Spenden aus der griechischen Bevölkerung oder über internationale Solidaritätsaktionen. Elliniko akzeptiert keine Geldspenden, sondern nur Sachspenden. Andere wie Thessaloniki sammeln auch Geldspenden.

Je nach Größe der Praxen sind auch die Öffnungszeiten und das Spektrum der medizinischen Leistungen verschieden. Alle MitarbeiterInnen haben berichtet, dass die Zahl der PatientInnen in den letzten Monaten weiter zugenommen hat. Es kommen unversicherte GriechInnen, RentnerInnen oder MigrantInnen mit und ohne Papiere. Im Vergleich zum letzten Jahr kommen immer öfter krankenversicherte, aber mittellose Menschen, die die hohen Zuzahlungen nicht leisten können. Alle diese Kliniken sind nach griechischem Recht illegal. Die dort Arbeitenden, vor allem die ÄrztInnen, nehmen ein hohes Risiko auf sich, dafür juristisch belangt zu werden.

Solidarität ist für sie nicht nur Barmherzigkeit, sondern auch ein Akt des Widerstands.

Nadja Rakowitz, Geschäftsführerin Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VDÄÄ)

www.vdaae.de

Vom Zaunspaziergang bis zu Blockaden am Tag X

2014 wird zum Protestjahr rund um den Neubau der Europäischen Zentralbank



Äußerlich erscheint der weitläufig umzäunte und hypermoderne Wolkenkratzer im Frankfurter Osten weitgehend fertig, doch innen wird wohl noch immer kräftig gebaut. Dass der offizielle Übergabetermin bislang unbekannt bleibt, dürfte kein Zufall sein. Denn mit der Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) steht ein Staatsakt bevor, eine Art Gipfeltreffen der globalen Politik- und Finanzelite – und damit ein Tag X für den Widerstand gegen die herrschende Krisen- und Verarmungspolitik. Die EZB symbolisiert die Troika-Politik und ist wegen der öffentlichkeitswirksamen Blockupy-Proteste der letzten beiden Jahre als zentraler Akteur des sozialen Kahlschlags insbesondere in Südeuropa bekannt. Daran anknüpfend steht der Bankenmetropole – voraussichtlich im Spätherbst – nun eine Großmobilisierung bevor, die erneut Massendemonstration und Aktionen zivilen Ungehorsams verbindet und die stärker denn je auch aus anderen europäischen Ländern mitgetragen wird.

Im November 2013 fand in Frankfurt eine gut besuchte internationale Aktionskonferenz statt. Dort wurden für Mitte Mai 2014 dezentrale Aktionstage und eine gemeinsame Arbeitsstruktur verabredet, die dann auch für den Tag X und darüberhinaus Bestand haben

soll. Der Aufruf für Mai (<https://blockupy.org/3054/solidarity-beyond-borders-building-democracy-from-below>) ist ein erstes Ergebnis. In weiteren Delegiertentreffen und internationalen Telefon- und Webkonferenzen hat sich diese europaweite Koordination beständig weiterentwickelt. Eine verbindliche Zusammenarbeit in gemeinsamen Arbeitsgruppen gibt es mit Netzwerken aus Italien, Spanien, Belgien und Frankreich, gute Kontakte bestehen zudem nach Griechenland, Portugal, Holland, Dänemark und Ungarn. Es sind sowohl Gruppen aus dem gewerkschaftlichen als auch aus dem globalisierungskritischen oder linksradikalen Spektrum involviert. Am 18. Mai beginnt ein transnationaler Protestmarsch von Flüchtlingen und MigrantInnen von Straßburg nach Brüssel. In mehreren Ländern wird versucht, die Proteste gegen das Krisenregime mit den Kämpfen gegen das Grenzregime zu verbinden.

Parallel haben sich auf bundesweiter Ebene erfreulich viele neue Krisengruppen und Blockupy-Plattformen gebildet. Über 300 TeilnehmerInnen kamen Ende Januar in Frankfurt zum Aktiventreffen, um ebenfalls zunächst eine dezentrale Mobilisierung für Mai in Angriff zu nehmen und darüberhinaus die zentrale

Planung für den Tag X zu diskutieren. Am 17. Mai werden nun in vier Städten – in Berlin, Hamburg, Düsseldorf und Stuttgart – Aktionstage organisiert. Mit regionalen Schwerpunkten – und in internationaler Vernetzung – wird gegen Akteure und Profiteure der Krisen- und Ausbeutungspolitik protestiert und blockiert und damit gleichzeitig für den Tag X nach Frankfurt mobilisiert.

Am 30. März hat dort – initiiert von No Troika, dem lokalen Blockupy-Bündnis – ein erster Zaunspaziergang stattgefunden. Damit soll direkt an der Baustelle der EZB ein sozialer und politischer Raum der Kritik und des Austauschs geschaffen werden. Es ist ein niedrigschwelliges Zusammenkommen mit Kuchenstand, um nicht zuletzt mit BewohnerInnen des Stadtteils ins Gespräch zu kommen. Sie erleben am verteuerten Wohnraum die Gentrifizierungseffekte dieses Neubaus, noch bevor er bezogen ist. Aktionen zum „Recht auf Stadt“ fanden bereits in der Blockupy-Mobilisierung 2013 statt, im Mai 2014 wird es in mehreren Städten zum thematischen Schwerpunkt gemacht.

Von der lokalen bis zur internationalen Ebene gibt es vielfältige Bemühungen, nicht nur zum Eröffnungstermin der EZB mit einem Massenprotest präsent zu sein und zu versu-



chen, diesem „Gipfel der Arroganz“ den roten Teppich wegzuziehen. Es geht es um den längerfristigen Aufbau transnationaler und spektrenübergreifender Widerstandsstrukturen, die in lokalen Kämpfen verankert sind und damit dem Krisenregime auch im Alltag die Stirn bieten können.

Hagen Kopp, Netzwerk „kein Mensch ist illegal“

www.attac.de/blockupy



„Hütchenspiel der Konzerne“

„Mit Witz gegen den Überwachungswahn“,
Foto: Herbert Sauerwein

Rückblick

6. Februar 2014

Attac nimmt Ikea aufs Korn – Teil 1

In einem von Attac veröffentlichten 30-seitigen Dossier werden die Steuertricks des schwedischen Konzerns entlarvt. Für das Dossier hat Attac recherchiert, wie sich die verzweigte Ikea-Firmenstruktur heute darstellt und welche Möglichkeiten sich aus ihr ergeben, Gewinne zu verschieben. So sitzt die Konzernmutter in den Niederlanden, die eigene Bank in Luxemburg, eine Stiftung, die das Privatvermögen des Gründers verwaltet, in Liechtenstein, und es gibt unter anderem Töchter auf Curacao und den British Virgin Islands. Der Ikea-Patriarch Ingvar Kamprad selbst zog bereits vor Jahrzehnten in die Schweiz.

12. Februar 2014

Über 300 Organisationen fordern umfassende Finanztransaktionssteuer

In offenen Briefen warnen 300 europäische zivilgesellschaftliche Organisationen die Premier- und Finanzminister der EU-Staaten vor der Verwässerung der geplanten Finanztransaktionssteuer. Die französische Regierung will die Derivate von der Besteuerung ausnehmen, während die Bundesregierung möglichst alle Derivate besteuern will. Wenn Derivate unversteuert bleiben würden, würde der deutsche Staat anstatt der jährlich möglichen zwölf Milliarden nur 4,5 Milliarden Euro aus der Finanztransaktionssteuer einnehmen.

20. Februar 2014

Das Hütchenspiel der Konzerne stoppen

Attac-VertreterInnen überreichen dem Bundesfinanzministerium mehr als 32.000 Unterschriften für eine Gesamtkonzernsteuer.

Die Attac-Kampagne gegen Steuertricks der Konzerne unterstreicht ihre Kritik mit einem übergroßen „Hütchenspiel“, das die zahlreichen Steuervermeidungsmöglichkeiten symbolisieren soll. Attac fordert, sämtliche Konzernaktivitäten weltweit in jeweils einer Gesamtbilanz zusammenzuführen und so Gewinnverschiebungen zwischen Konzern-töchtern zu verhindern.

3. März 2014

Mit Witz gegen den Überwachungswahn

Die globalisierungskritischen Alternativjucken „Pappnasen Rot-Schwarz“ kapern den Kölner Rosenmontagsumzug und protestieren gegen den Überwachungswahn von NSA und anderen Geheimdiensten – sehr zur Freude der rund 500.000 Zugbesucher, die die Pappnasen für ihre obrigkeitkritischen, satirischen und kreativen Ideen lautstark feiern.

4. März 2014

Tagung „Schon mal Abschalten?“ in Hannover

Die provokante These der Tagung lautet, dass ein Abschalten energieintensiver Produktionsbereiche unumgänglich ist, damit der Ausstieg aus Kohle- und Atomkraft gelingt. ReferentInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Umweltverbänden und politischen Bewegungen diskutieren anhand konkreter Beispiele, wie gesellschaftliche Aushandlungsprozesse zum Thema Abschaltung und Konversion aussehen können, welche sozialen Konsequenzen ein Ausstieg aus klimaschädlichen Industriebereichen hätte und welche Antworten sich abzeichnen.

6. März 2014

Unterschriftenaktion gegen TTIP und CETA

Das Bündnis „TTIP unfairhandelbar“ startet kurz vor Beginn der vierten Verhandlungsrunde

über ein Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA eine breit angelegte Unterschriftenaktion. Attac ist Teil dieses Bündnisses. Das Bündnis fordert die KandidatInnen zur Europawahl auf, die Ratifizierung der Handelsabkommen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) zu verweigern.

7. März 2014

Attac veröffentlicht Kurzfilm zu TTIP

Im Kurzfilm werden anschaulich die Gefahren durch das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA erklärt. Zu sehen ist der vier Minuten und 14 Sekunden lange Spot von Filmemacher Jonas Kramer auf der Attac-Webseite sowie auf Youtube. Verbreitung findet er über soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter. Der Film wurde bisher mehr als 60.000 Mal angesehen.

www.attac.de/ttip-spot

11. bis 13. März 2014

TTIP-Widerstand organisiert sich international in Brüssel

Am Ort der TTIP-Verhandlungen kommen Vertreter zivilgesellschaftlicher Gruppierungen aus vielen europäischen Ländern und den USA zu einer transatlantischen Strategiekonferenz zusammen, um weitere Schritte des Widerstands gegen das TTIP zu besprechen. Auch Attac ist Teil dieses internationalen Bündnisses.

29. März 2014

Nachrichten aus einer gerechteren Zukunft

Aktive des Bündnisses „Umfairteilen – Reichtum besteuern“, dem außer Attac Gewerkschaften, Sozialverbände und andere Organisationen wie die Naturfreunde angehören, verteilen in mehr als 100 Städten – darunter Berlin, Hamburg, Bremen, Köln, Leipzig,



„TTIP-Widerstand in Brüssel“

München und Stuttgart – kostenlos die Zeitung BALD, die der „Bild“ täuschend ähnlich sieht. Die BALD verkündet Nachrichten aus einer sozialeren Zukunft: „Endlich Gerechtigkeit! Reichensteuer kommt!“, lautet die Schlagzeile auf Seite eins.

29. und 30. März 2014

TTIP im Zentrum der Debatte beim Frühjahrs-Ratschlag

Etwa 150 Aktive aus dem ganzen Land versammeln sich zwei Tage lang zum Attac-Ratschlag in Frankfurt am Main. Im Zentrum der Debatte stehen das geplante transatlantische Freihandelsabkommen TTIP und die europaweite Verarmungspolitik. Das Eröffnungsplenum „Ein solidarischer Europa ist nötig – oder: Wer die Macht hat, hat noch lange nicht das Recht“ verdeutlicht eindrücklich: Widerstand und Solidarität über Ländergrenzen hinweg sind notwendig. Das gilt auch für TTIP. Zwei intensive Fortbildungen beim Ratschlag bieten den Attacies Gelegenheit, ihre Kenntnisse über das geplante Abkommen und seine Folgen zu vertiefen.

12. April 2014

Attac nimmt Ikea aufs Korn – Teil 2

Wir lassen nicht locker: Attacies machen bei Protestaktionen auf die milliardenschweren Steuertricks des Möbelhauses aufmerksam und fordern konsequente Gegenmaßnahmen. Sie protestieren vor Ikeastandorten in ganz Deutschland, um auf die milliardenschweren Steuertricks des Möbelhauses und anderer Konzerne aufmerksam zu machen und konsequente Maßnahmen dagegen einzufordern.

31. April 2014

Offener Brief gegen Kissinger-Professur

Mit einem offenen Brief wenden sich mehr als 100 Wissenschaftler gegen die geplante

Einrichtung einer „Henry-Kissinger-Professur“ an der Uni Bonn. Die Unterzeichner kritisieren neben der Namensgebung der Stiftungsprofessur auch die Finanzierung durch das Bundesverteidigungsministerium. Henry Kissinger wird vorgeworfen, in seiner Zeit als Außenminister und Nationaler Sicherheitsberater der USA Menschenrechtsverletzungen begünstigt zu haben. Die Initiative zu dem Offenen Brief kommt aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Brief unterzeichnen:

www.kurzlink.de/Kissinger

Ausblick

2. bis 15. Mai 2014

Kul.Tour stoppt TTIP – Raus aus der Freihandelsfalle!

Eine Informationstour zum Thema TTIP steht an. Besonders im Fokus stehen die durch das Freihandelsabkommen gefährdeten Theater, Museen und Buchhandlungen, denen wichtige Fördergelder fehlen würden. Unterstützung bekommt die Kul.Tour von bekannten KünstlerInnen wie Konstantin Wecker, Arnulf Rating, Urban Priol, Hans-Günter Butzko und Rainer von Vielen. Los geht es am 2. Mai in Fulda, danach macht die „Kul.Tour unter anderem Halt in Stuttgart, München, Berlin, Bremen, Frankfurt und Darmstadt.

www.attac.de/kultour

10. Mai 2014

Energiewende retten und nicht kentern lassen

Nachdem am 30. November in Berlin 16.000 Menschen für die Rettung der Energiewende auf der Straße waren, laufen die Vorbereitungen für eine weitere Großdemonstration auf dem Lande und zu Wasser in Berlin am 10. Mai. Attac fordert 100 Prozent erneuerbare Energie in BürgerInnenhand.

www.energiewende-demo.de

15. bis 25. Mai 2014

Europäische Aktionstage für Solidarität und Demokratie

„Solidarity beyond Borders – Building Democracy from below“ lautet das Motto der transnationalen Aktionstage, zu denen das internationale Blockupy-Bündnis zusammen mit anderen Bewegungen und Organisationen aufruft. In Deutschland beteiligt sich Blockupy vor allem am 17. Mai mit Leuchtturm-Aktionen in Berlin, Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart an den europaweiten Protesten. Mit dabei sind viele Attacies.

28. Mai bis 1. Juni 2014

Aktionsakademie in Oberösterreich

Unter dem Motto „Denken, Handeln, Feiern“ lädt Attac Deutschland gemeinsam mit Attac Österreich, Greenpeace und dem Südwind-Institut zur Aktionsakademie in Steyr in Österreich ein. Seminare und Workshops rund um Aktionen und politisches Handwerkzeug werden um ein kulturelles und sportliches Rahmenprogramm ergänzt. Unterstützt wird die Aktionsakademie von Amnesty International und GLOBAL2000.

www.attac.at/events/aktionsakademie

19. bis 23. August 2014

Europäische Sommeruniversität (ESU) in Paris

Alle drei Jahre verlässt die Sommerakademie den nationalen Rahmen und wird zur Europäischen Sommeruniversität (ESU) des europäischen Attac-Netzwerkes. Sie bietet die Gelegenheit, Attac-Aktionen und -Kampagnen international aufeinander abzustimmen und soziale Bewegungen grenzüberschreitend miteinander zu vernetzen. Vom 19. bis 23. August erwarten die GastgeberInnen von Attac Frankreich hunderte Attac-Aktive aus ganz Europa in der Université Paris Diderot. Zentrales Thema wird die Zukunft Europas sein.

www.esu2014.org

2. bis 6. September 2014

4. Internationale DeGrowth Konferenz

Die Degrowth-Konferenz in Leipzig hinterfragt die Fixierung auf Wirtschaftswachstum in der Wirtschaftspolitik und fördert sozial-ökologische Alternativen. Sie bietet einen Rahmen für wissenschaftliche Debatten, den Austausch von AktivistInnen und PraktikerInnen und die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema. Die Konferenz 2014 in Leipzig ist Teil eines internationalen Veranstaltungszyklus: Bislang gab es 2008 in Paris, 2010 in Barcelona und 2012 in Venedig sowie in Montreal Degrowth-Konferenzen.

www.attacberlin.de/ags/degrowth

Mehr Informationen zu den Terminen:

www.attac.de/veranstaltungen

Menschen in Attac

So konkret und kreativ wie möglich

Stephan Kettner engagiert sich als Rebel Clown, Musiker und Aktivist



Stephan Kettner ist 43 Jahre alt und lebt als zweifacher Familienvater in Bamberg. Er ist freiberuflicher Sozialpädagoge mit den Schwerpunkten Erlebnispädagogik, Anti-Gewalt-Trainings und Suchtprävention sowie Musiker in der weltberühmten Band Delikatessen. Seit zwölf Jahren engagiert er sich bei Attac, ist Mitglied im Attac Kokreis und in der C.I.R.C.A, der „Rebel Clown Army“.

Stephan, wie bist Du eigentlich zu Attac gekommen? Was hast Du vorher politisch gemacht? Und warum gerade Attac?

Als ich 2001 aus der Entwicklungszusammenarbeit mit einem katholischen Träger aus Ecuador zurück kam – damals mit meiner Frau und meinem ersten Sohn – war mir klar, dass alles Engagement für die Verbesserung der sozialen, ökologischen und demokratischen Verhältnisse auf dieser Welt nur über die Veränderung und Zerschlagung des neoliberalen Wirtschaftssystems und mit einer fairen Verteilung der Ressourcen und eigenverantwortlichen regionalen Autonomie zu bewerkstelligen ist.

In meiner Jugend war ich stark in der Umwelt-Anti-AKW- und Tierschutzbewegung aktiv. Auch hier spürte ich schon, dass wir nur an Symptomen rumprotestieren und die Ursache nicht genügend angreifen. Und in der Nachbetrachtung bekomme ich leider Recht. Wenn wir heute noch so viel Regenwälder und soziale Standards hätten wie vor 25 Jahren ...

Mir schwebt eine Gesellschaft vor, in der Resilienz und Gemeinwohl an erster Stelle stehen. Eine Gesellschaft, in der sich jede/r nach seinen und ihren Begabungen und Interessen einbringen kann und nicht schon im Kindesalter zu einem konformen Konsumenten herangezogen wird. Dazu gehören viele Bausteine, für die Attac eintritt; deshalb fühle ich mich hier zuhause und engagiere mich hier – was ich ohne meine Frau nicht könnte, die mich unterstützt, indem sie

mir Freiräume für ehrenamtliches Engagement schafft. Ich hab einen unbändigen Hunger nach der Anastrophe, einer Wendung zum Besseren, die uns wieder an das heranbringt, was uns glücklich macht, und da ist weniger meist mehr.

Dir liegt ja vor allem der Aktionsbereich mit der Aktionsakademie am Herzen. Was war dafür der Auslöser?

Ich bin ja auch Mitglied der „Rebel Clown Army“ – zu der ich gekommen bin, weil ich eine für mich passende Form gesucht habe, auf Demos und bei ähnlichen Gelegenheiten einen kreativen, deeskalierenden und gleichzeitig entlarvenden – wer ist denn hier gewalttätig? – Beitrag zu leisten. Ich habe im Laufe meines bisherigen Lebens zunehmend Sinn und Spaß daran gefunden durch außergewöhnliche Situationen zu irritieren und Menschen zum Überdenken eingefahrener Standpunkte zu bewegen. Dies konnte ich in meinem Beruf in pädagogischen Kontexten ausprobieren, ausbauen und erfolgreich umsetzen. In der Erlebnispädagogik, beim Klettern, bei Höhlentouren oder beim Floßbau wird immer wieder erfahrbar: Über die Kognition erreichen wir keine Veränderungen, sondern über das Handeln und erleben. Dabei spielt der Spaß an und das sich Wohlfühlen in der Situation eine entscheidende Rolle.

Worin liegen für Dich die Stärken dieser alternativen Aktionsformen, wozu brauchen wir die Aktionsakademie?

Wenn ich mich in die Fußgängerzone stelle und Flugblätter für oder gegen dies oder jenes verteile, dann werde ich schnell frustriert feststellen, dass ich nicht viel erreiche, weil die Menschen nicht ausbrechen aus ihrem Trott. Dann breche ich nichts auf, da jeder immer wieder mit irgendwelchen Infos vollgeballert wird und jeder schon seine Strategie hat damit umzugehen und abweisend weiterzugehen. Erst die unerwartete Situation, mit der ich nicht rechne, lässt mich

als Passant, Medienkonsument aufhorchen, hinschauen und weckt mein Interesse.

Es gibt mittlerweile einen großen Erfahrungsschatz im kreativen gewaltfreien Widerstand. Ich kann an diesem teilhaben und mir das Passende aussuchen und auch weiterentwickeln, was zu meinem Umfeld und mir passt – dafür steht die Aktionsakademie.

Dieses Jahr findet die Aktionsakademie gemeinsam mit Attac Österreich statt. Was ist geplant?

Dieses Jahr führen wir die Aktionsakademie mit den Österreichern durch, um voneinander zu lernen, uns über die Grenzen zu vernetzen und gegenseitig zu inspirieren. Bei einem ersten gemeinsamen Vernetzungs- und Vorbereitungstreffen in Wien war ich begeistert von der positiven Stimmung und der herzlichen Aufnahme von deren Seite. Die Österreichische AkAk wird traditionell mit Greenpeace, Südwind und Global 2000 organisiert. Unter dem Motto „Denken, handeln, feiern“ konnten wir ein tolles Programm organisieren und mit spannenden Referenten beider Länder ein außergewöhnlich gutes und umfangreiches Angebot zusammenstellen. Nicht nur in den inhaltlichen Veranstaltungen, auch beim Feiern wird ausgetauscht, reflektiert und geschätzt, was eine solche Gemeinschaft leisten kann. Wer neugierig ist, dem empfehle ich mal auf die Homepage zu klicken. Es lohnt sich.

2015 werden wir dann wieder in Deutschland eine AkAk machen, da wir die Norddeutschen nicht mit ewig langen Anreisen plagen wollen.

Wie siehst Du die Zukunft des Aktionsbereichs bei Attac?

Ich bin gerade auch aktiv in der AG „Jugend bei Attac“ und stelle fest, dass speziell junge Leute einen großen Drang nach konkreter Aktion haben – was auch am Altersdurchschnitt auf den AkAks sichtbar wird. Das kann Attac nur gut tun und weiter bringen – außerdem wirst du auch nur wahrgenommen, wenn du sichtbar bist. Denn so wichtig auch die inhaltliche Richtung und die Auseinandersetzung zu einzelnen Punkten ist, so unbedeutend verkommt sie, wenn sie keinen Ausdruck findet.

Mir schwebt eine stärkere Aktionsunterstützung für die einzelnen Regionalgruppen vor, bei denen auch noch nicht so aktive Gruppen mit viel Power vor Ort unterstützt werden. Vielleicht gelingt uns ja mal so was wie eine mobile Aktionsgruppe, die dann vor Ort unterstützt.

Das sind schöne Aussichten – Stephan, vielen Dank für das Gespräch!

Interview: Jule Axmann

Paris ist eine Reise wert

Europäische Sommeruniversität im August an den Ufern der Seine



Ein bunter Strauß aus politischer Debatte, entspanntem Lernen, kreativen Aktionsideen und niveauvoller Unterhaltung wird in diesem Sommer buchstäblich am Ufer der Seine präsentiert. Die Universität Diderot bietet für ein anspruchsvolles Programm den idealen Ort. Sie ist die jüngste und modernste Universität von Paris. Zentral und verkehrsgünstig gelegen, stehen hier zahlreiche moderne Hörsäle und Seminarräume zur Verfügung. Eine breite Allee mit weiten Grünflächen zwischen den beiden Hauptgebäuden bietet viel Platz für Informationsstände, Straßencafés und die Spezialitäten der französischen und mediterranen Küche – am Kai der Seine werden zwei Restaurantboote festmachen.

Dass das Thema Europa in all seinen Facetten im Mittelpunkt des Programms steht, wird angesichts der fortdauernden Krisen niemanden überraschen. Die Vision eines anderen Europa soll aus der Kritik am bestehenden Europa entwickelt werden. Die Krise des Euro hat gezeigt, dass die Europäische Währungsunion so nicht zukunftsfähig ist. Die EU und insbesondere die Eurozone befinden sich in einer vielschichtigen Krise und niemand weiß, wie es ausgehen wird.

Umwelt und Klima verlangen nach einem Systemwechsel. Während konkrete Alternativen vorliegen, halten die Regierungen an Politikkonzepten und Projekten fest, die das alte Entwicklungsmodell fortsetzen. Welche weiteren Kämpfe, neben einer Erneuerung unserer Wirtschaft von unten, müssen wir führen, während die aktuelle politische

Dynamik zum Thema öffentliche Schulden von den Regierungen und EU-Institutionen genutzt wird, um scharfe Austeritätsmaßnahmen durchzusetzen? Welche Bedingungen sind erforderlich, um den Systemwechsel voranzubringen?

Und auch diese Frage soll beantwortet werden: Welche Rolle spielt dieses Europa angesichts der globalen Machtverschiebungen in der Welt? Wird Krieg wieder zu einer realen Option? Neben der wirtschaftlichen und der politischen Integration träumt eine Reihe von politischen Kräften auch davon, die EU als dritte Supermacht neben den USA und China zu etablieren, einschließlich der militärischen Komponente. Wohin führt uns dieser Traum von einer imperialen EU?

Diese Diskussionen werden spannend. Auch unter den europäischen Attac-Mitgliedern gibt es widerstreitende Meinungen etwa zum Euro oder zur EU-Mitgliedschaft. Dennoch zu gemeinsamen Strategien und Aktionsformen zu kommen, wird die große Herausforderung dieser Sommeruniversität sein.

Um die großen Themen-Foren gruppieren sich die selbstorganisierten Seminare und Workshops, die aus den Diskussionsergebnissen gemeinsame Handlungsoptionen entwickeln. Übrigens: Wie schon in Saarbrücken und Freiburg ist auch diese Sommeruniversität eine Mitmach-Universität, die von den Beiträgen der Teilnehmenden lebt. Spannende Begegnungen, Raum für Experimente und Aktionen und Tage intensiven Lernens und Austausch auf Augenhöhe sind garantiert.



3. Europäische Attac Sommeruniversität in Paris

19. bis 23. August in der Universität Paris-Diderot in Paris

Teilnahmegebühren: Zwischen 20 Euro (ermäßigt) und 60 Euro (Soli-Preis) für die gesamte Zeit: Verpflegung ist darin nicht enthalten, rund um den Veranstaltungsort stehen vielfältige und günstige Imbissangebote bereit.

Alle Großveranstaltungen werden in drei Sprachen übersetzt (engl./franz./deutsch), Seminare und Workshops in zwei Sprachen.

Es gibt günstige Übernachtungsmöglichkeiten in Hostels, außerdem Privatquartiere und kostenlose Unterkünfte in Turnhallen (etwas außerhalb).

Anmeldung und alle weiteren Infos hier: www.esu2014.org

Und noch mehr: Ein umfangreiches Programm mit Theater, Konzert und Exkursionen wird es erlauben, die kulturellen Highlights dieser Stadt kennen zu lernen und in ihre revolutionäre Geschichte einzutauchen. Und schließlich besteht die Möglichkeit, an Ausflügen und Besichtigungen in der Pariser Region „Ile-de-France“ teilzunehmen und die lokalen Aktiven von Attac, den Gewerkschaften und aus anderen sozialen Bewegungen zu treffen.

So ein Sommer in Paris – ist mehr als eine Reise wert.

Hugo Braun, Attac-Koordinierungskreis

Attac Aktionsakademie

28. Mai bis 1. Juni 2014 in Steyr / Oberösterreich



„Ein Feuerwerk an Möglichkeiten“, „ein Blumenstrauß an Methoden“ – mit solchen Worten verbindet man nicht unbedingt sofort politisches Wirken. Diesen Anspruch haben sich aber die OrganisatorInnen der Aktionsakademie auf die Fahne geschrieben.

Wir wollen dem kreativen, gewaltfreien Ausdruck in einer gelebten Demokratie eine Bühne bieten und aufzeigen, was es neben Infoständen und Demozügen noch für Möglichkeiten an Aktionsformen gibt. Außerdem wollen wir Interessierte

dazu einladen, sich als SchauspielerInnen, MusikerInnen, KlettererInnen oder PuppenbauerInnen auszuprobieren und fortzubilden.

Attac Deutschland und Attac Österreich veranstalten 2014 zum ersten Mal gemeinsam eine Aktionsakademie. Außerdem sind als Mitveranstalter und Unterstützer Greenpeace, Südwind, Global 2000 und Amnesty International dabei.

Was UmweltschützerInnen, MenschenrechtlerInnen und GlobalisierungskritikerInnen zusammenbringt, ist das Bewusstsein für die

Notwendigkeit einer grundlegenden Veränderung unseres turbokapitalistischen Wirtschaftens, dem Mensch und Natur bedingungslos geopfert werden. Das Motto für das diesjährige Spektakel: „Denken, Handeln, Feiern“. Es zeigt, dass auch der Spaß am gemeinsamen Wirken nicht ausgeklammert wird, denn er ist die Triebfeder und ein entscheidender Faktor für unser Tun.

Bei den zahlreichen angebotenen Workshops ist garantiert für jeden und jede etwas dabei!

Wir freuen uns auf Euch!
Euer AkAK-Vorbereitungsteam

Weiter Infos zur Anmeldung findet Ihr unter:

www.attac.de

www.attac.at/events/aktionsakademie

Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.

Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.

Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069-900 281-10

„Solidarity Beyond Borders“

Europäischer Warm-up vom 15. bis 25. Mai 2014
in Brüssel und 20 Städten in Deutschland

Blockupy wird auch 2014 da sein – als grenzüberschreitender, ungehorsamer Massenprotest gegen die autoritäre Politik des Troika-Krisenregimes, gegen Rassismus, Nationalismus und für wirkliche Demokratie.

Die Aktionstage vom 15. bis 25. Mai im Vorfeld der Europawahl dienen als Auftakt für den Herbst, wenn die Eröffnung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main stattfinden wird.

Der gemeinsame „Kick-off“ findet in Brüssel am 15. Mai statt, an dem es eine Großdemonstration anlässlich des stattfindenden EU-Gipfels und des dritten Jahrestages der spanischen 15M-Bewegung geben wird, zu dem Busse aus NRW fahren.

In etwa 20 deutschen Städten wird es am 16. Mai dezentrale Aktionen geben, zum Beispiel gegen große Ausbeuterfirmen wie die Apple-Stores, Arbeitsbedingungen in der Textilbranche, Proteste gegen Praktiken der Banken und den erstarkenden Rechtspopulismus.

Für den 17. Mai werden in vier Städten Demos und Aktionen des zivilen Ungehorsams geplant: In Berlin demonstrieren AktivistInnen vor dem Finanzministerium und schließen sich dem Marsch der Flüchtlinge am 18. Mai an. Der Düsseldorf Flughafen wird einer der Orte sein, an denen in NRW gegen Abschiebung protestiert, während in der Innenstadt der Apple-Store belagert wird. Unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ finden in Stuttgart am

BLOCKUPY 2014

15.-25. MAI | EUROPaweit
DEZENTRALE AKTIONSTAGE
UND IM HERBST | FRANKFURT/M.
EZB-ERÖFFNUNG VERHINDERN



10. Mai schon eine Konferenz und am 17. Mai eine Demo statt, auf der mit Unterstützung aus Spanien die europäische Dimension der Krise verdeutlicht werden soll. In Hamburg besuchen die Blockupy-Aktiven gemeinsam am Tag der Offenen Tür die Elbphilharmonie und demonstrieren für ein „Recht auf Stadt“.

Um auch vor dem „Tag X“ schon Präsenz zu zeigen, treffen sich seit Ende März Aktive und Interessierte jeden Monat zu einem Zaunspaziergang rund um die Baustelle der neuen EZB in Frankfurt.

Infos zu allen Aktionen in Eurer Umgebung findet Ihr auf:

www.attac.de/blockupy

Aus dem Attac-Shop

Thomas Sauer / Peter Wahl (Hg.):

Welche Zukunft hat die EU? – Eine Kontroverse

Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac



Die Krise der EU stellt die Frage nach der Zukunft der Union auf die Tagesordnung. Das Meinungsspektrum in der linksalternativen Diskussion bewegt sich zwischen den Polen Bundesstaat und Staatenbund mit ihren Varianten: Status quo, Status quo plus Bankenunion und/oder Transferunion, Status quo minus Euro, Binnenmarkt plus offene Netzwerkstrukturen, EU der drei, vier, vielen Geschwindigkeiten etc.

Die längerfristigen Perspektiven der Europäischen Union werden oft quer zu den gewohnten politischen Linien diskutiert – auch in Attac und innerhalb der Linken in Europa. Der Band macht die Kontroversen sichtbar und stellt die Argumente sachlich und fair gegenüber.

Dieser Band ermöglicht eine Vergleichbarkeit von Pro und Contra zu den Kontroversen.

Aus der Vorbemerkung: „In Anlehnung an das Hegelsche Prinzip ‚Der Widerspruch ist das

Fortleitende‘ wird versucht, die Kontroversen sichtbar und produktiv zu machen, indem zu einzelnen Politikfeldern wie Demokratie, Euro, Wettbewerb, Soziales, aber auch generell zur Zukunft der Union Pro- und Kontrapositionen formuliert werden. Dabei konnten naturgemäß nicht alle relevanten Themen behandelt werden. [...]

Wie zu erwarten, sind in einigen Fällen die Kontroversen sehr prononciert und für manche Leserin und manchen Leser sicher auch provokativ ausgefallen. In anderen sind die Gegensätze milder. [...]

Wir hoffen, mit dem vorliegenden Band der Diskussion in Attac und darüber hinaus allen emanzipatorischen Kräften Impulse zu geben, die Meinungsbildung voran zu bringen und, wenn möglich, auch die politische Positionsbestimmung und Handlungsfähigkeit des emanzipatorischen Lagers zu fördern.“

Mit Beiträgen von Thomas Sauer, Peter Wahl, Karsten Peters, Andreas Fisahn, Elmar Altvater, Friederike Spiecker, Arne Heise, Lucas Zeise, Peter Herrmann, Christoph Bals, Joachim Bischoff, Roland Süß und Anne Karrass.

Broschiert, 192 S., 16,80 EUR

Bestellungen wie immer online unter www.attac.de/shop, telefonisch unter 069/900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht.

Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069-900 281-10
E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl,

Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann,

Karsten Peters, Werner Rätz,

Gabriele Rohmann

V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand
mit der Deutschen Post

Stoppt TTIP

Für einen gerechten und ökologischen Welthandel!

Auch in dieser Ausgabe des Rundbriefs informieren wir wieder über das Transatlantische Handelsabkommen TTIP. Und das aus gutem Grund: Mit diesem umfassenden Pakt wollen EU und USA eine transatlantische Freihandelszone errichten. Verkauft wird die geplante Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP als gigantisches Wachstumsprogramm – bezahlen müssen es die BürgerInnen dies- und jenseits des Atlantiks: mit einem beispiellosen Abbau von Produktionsstandards, Verbraucherschutz- und ArbeitnehmerInnenrechten, Lohnniveaus, Umwelt- und Sozialauflagen und sogar einem Abbau demokratischer Rechtsstaatlichkeit. Der Abbau dieser als „Handelshemmnisse“ denunzierten politischen Errungenschaften soll durch intransparente, undemokratische Verhandlungen erreicht werden.

Noch können wir TTIP verhindern – auch mit Deiner Hilfe!

Denn diese Handelserleichterungen im Interesse von Großkonzernen und Investoren können

uns sonst teuer zu stehen kommen: So sollen Konzerne Staaten vor privaten Schiedsstellen verklagen können, wenn Umwelt- oder Sozialgesetze ihre Gewinnerwartungen schmälern; im Supermarkt könnten Hormonfleisch und genveränderte Lebensmittel angeboten werden, ohne Kennzeichnungspflicht; Energiekonzerne könnten sich die Erlaubnis zum Fracking erklagen. Die EU-Kommission schlägt darüber hinaus einen „Regulatorischen Kooperationsrat“ aus Vertretern von EU-Kommission, US-Regierung und Unternehmen vor, der weitreichenden Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen könnte, lange bevor Parlamente bestimmte Vorschläge überhaupt zu sehen bekommen. Das ist ein Großangriff auf demokratisch legitimierte Entscheidungsstrukturen!

Wir müssen dieses Abkommen kippen!

Dafür haben wir in diesem Jahr schon einiges ins Rollen gebracht: Der erste TTIP-Aktionstag liegt schon hinter uns, die Kul.tour gegen



TTIP startet Anfang Mai und macht Station in über 15 Städten, viele Informationsveranstaltungen quer durch die Republik haben schon stattgefunden und finden weiterhin statt. **Bitte unterstütze uns mit einer Spende dabei, all unsere Projekte umzusetzen. Nur so können wir den öffentlichen politischen Druck gegen das Abkommen erhöhen!**

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden geht das ganz unkompliziert – herzlichen Dank!

In eigener Sache

Der Überweisungsträger, mit dem Sie uns finanziell unterstützen können, hat sich mit dieser Ausgabe des Rundbriefs verändert. Die verpflichtende Umstellung auf den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) machte nötig, dass der Überweisungsträger künftig nicht mehr Kontonummer und Bankleitzahl, sondern IBAN und BIC abfragt. Ihre IBAN und BIC erfahren Sie von Ihrer Bank; in der Regel finden Sie beide Angaben auch auf der Rückseite Ihrer Bank- oder EC-Karte.

Mehr Infos:
www.attac.de/spenden/sepa

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57430609670800100800

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF1402

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE